

# Dissidenten müssen verrückt sein

Es gibt starke Indizien, dass Chinas Behörden politisch Andersdenkende für verrückt erklären und sie bei geistiger Gesundheit in psychiatrischen Anstalten einsperren

**Von Sven Hansen**

Sven Hansen ist Asienredakteur der tageszeitung (taz) in Berlin.

**W**ang Wanxing hat am Vorabend des 3. Jahrestags des Tiananmen-Massakers 1992 auf Pekings Platz des Himmlichen Friedens für eine Rehabilitierung der Opfer der gewaltsamen Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung demonstriert. Umgehend wurde der damals 42-jährige Einzeldemonstrant festgenommen und zur Sicherheitsverwahrung in eine psychiatrische Anstalt für geistesranke Straftäter gesperrt. Erst im August 2005, kurz vor dem China-Besuch der UN-Menschenrechtskommissarin Louise Arbor und nach diplomatischen Bemühungen der deutschen Bundesregierung, kam Wang frei. Er wurde sofort ins Exil abgeschoben und lebt seitdem in Frankfurt am Main.

Fünf Monate nach Wangs Entlassung untersuchten ihn zwei niederländische Psychiater. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass für seine Zwangseinweisung keinerlei medizinischer Grund vorlag. In ihrem Bericht heißt es: »Es gibt keinen Grund, Wang in einer speziellen forensisch-psychiatrischen Klinik festzuhalten oder ihn in eine psychiatrische Anstalt einzuweisen. Wir konnten keinerlei psychische Störungen an ihm feststellen, die eine Einlieferung gerechtfertigt hätten.«<sup>1</sup> In der Entlassungsakte der chinesischen Polizei-Klinik vom August 2005 dagegen hatte gestanden: »Wenn politische Themen angesprochen werden, zeigt Wang Beeinträchtigungen seines logischen Denkvermögens. Seine syste-





matischen Wahnvorstellungen haben sich seit seiner Aufnahme in die Klinik nicht merklich vermindert, und seine [mentalen] Aktivitäten sind immer noch von Größenwahn, Streitsucht und einem offensichtlich pathologisch übersteigerten Willen geprägt. Wir empfehlen eine Fortführung der medikamentösen Behandlung und der strengen Überwachung des Patienten.«<sup>2</sup>

»Streitsucht« wird, wie die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) berichtet, von chinesischen Polizeipsychiatern häufig bei Bürgern diagnostiziert, die wiederholt bei den Behörden Beschwerden einbringen und dabei auf ihre Erfahrungen als politisch Verfolgte hinweisen. Seit 1992 hatten die Behörden stets behauptet, Wang leide an einer »paranoiden Psychose« oder einer »politischen Manomanie«, eine psychiatrische Erkrankung, die auf keiner international anerkannten Liste vorkommt.

Offenbar bestand Wangs »Krankheit« allein darin, dass er eine für das Regime unbequeme Meinung vertrat und auch noch unbeugsam für sie einstand. So war er 1999 für kurze Zeit freigelassen worden, doch wurde er sofort wieder verhaftet und in die Klinik gesperrt, als er eine Pressekonferenz mit ausländischen Journalisten ankündigte.<sup>3</sup> Bereits 1993 hatte Wang im privaten Besuchsraum der Anstalt einer aus Europa ange-reisten Chinesin, die sich als seine Verwandte ausgegeben hatte, ein Interview gegeben, das diese heimlich aufzeichnete. Kurz vor der Entscheidung des Olympischen Komitees über den Austragungsort der Sommer-spiele 2000 zeigte das britische Fernsehen Ausschnitte des Interviews – und die Spiele fanden in der australischen Metropole Sydney statt.

Die psychiatrischen Polizei-Kliniken des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit werden Anhang (wörtlich: Sicherheit und Gesundheit, oder auch: Frieden und Gesundheit) genannt. Landesweit gibt es etwa 25 solcher Einrichtungen, doch soll ihre Zahl erhöht werden. Sämtliche Mitarbeiter einschließlich des medizinischen und pflegerischen Personals sind Beamte des Öffentlichen Sicherheitsbüros. Die ersten Anhang wurden 1987 eingerichtet. Politischen Psychiatriemissbrauch und die – von der Sowjetunion übernommene – Praxis, Oppositionelle für verrückt zu erklären, gibt es in China aber bereits seit den 1950er-Jahren.

Der kahlköpfige Wang gilt als der prominenteste unter den Oppositionellen, die in den letzten Jahren durch politische Psychiatrie zum Schweigen gebracht werden sollten. Und er ist der erste, der nach seiner Gefangenschaft in einer Psychiatrie ins westliche Ausland gelangte, darüber Zeugnis ablegte und von unabhängigen Experten untersucht werden konnte. »China wurde wiederholt vorgeworfen, psychiatrische Einrichtungen als Mittel politischer Repression einzusetzen, doch bevor Wang das Land verließ, konnten derartige Anschuldigungen nicht überprüft werden«, sagt Brad Adams, Leiter der Asien-Abteilung bei HRW.

Dreimal täglich musste Wang, wie er später erklärte, das stark psychotrope Medikament Chlorpromazin einnehmen. Viele seiner Mithäftlinge seien psychisch

schwer gestörte Straftäter gewesen, die meisten hätten Morde begangen, aber es habe auch normale Bürger unter ihnen gegeben, die eine Petition eingereicht hatten. Einige Mitgefangene seien bereits seit dreißig oder vierzig Jahren in Psychiatrie gewesen. Und weil es unter den inhaftierten Patienten sehr brutal zugeht, habe er sich aus Angst vor Angriffen nachts häufig zwingen müssen, wach zu bleiben.

Wie die anderen Insassen konnte auch Wang nicht mit einem Anwalt sprechen oder bei Gericht oder den Behörden Einspruch einlegen. Die Haftdauer der Gefangenen legen laut HRW ausschließlich Polizeipsychiater und Funktionäre fest. Eine regelmäßige medizinische Überprüfung der Fälle gibt es nicht, ebenso wenig wie eine sonstige äußere Kontrolle der Anhang. Wang hatte dabei noch Glück: Da sich internationale Menschenrechtsorganisationen für ihn einsetzten, haben – davon ist er bis heute überzeugt – die Behörden seinen Fall etwas milder beurteilt.

Wang berichtete gegenüber HRW, dass renitente Mitinsassen ans Bett gefesselt oder unter den Augen der anderen mit Elektroschocks traktiert worden seien. Einmal habe er gesehen, wie ein Insasse durch Elektroschocks an einem Herzinfarkt starb. Wang schilderte auch den Fall eines Petitionsstellers. Den hätten sie ans Bett gefesselt, nachdem er in Hungerstreik getreten sei, und dann mussten Mitgefangene ihn auf Anordnung des Pflegepersonals zwangsernähren. Sie hätten dem Mann einfach flüssige Nahrung in den Mund gegossen, woraufhin er erstickt sei. In den Akten hieß es später, der Mann sei an einem Herzinfarkt gestorben. In keinem der beiden von Wang beobachteten tödlichen Fälle seien die Verantwortlichen je belangt worden.

Dass in China psychiatrische Anstalten zur Inhaftierung von Oppositionellen missbraucht werden, wurde international erstmals Ende 1999 zum Thema, als einige Anhänger der im Juli desselben Jahres verbotenen Falun-Gong-Sekte in psychiatrische Kliniken gesperrt wurden. Ein erster Todesfall einer Falun-Gong-Anhängerin in einer psychiatrischen Klinik wurde im Juni 2000 gemeldet. Ein von dem britischen Menschenrechtsaktivisten und China-Experten Robin Munro verfasster Bericht<sup>4</sup>, der von HRW und der Geneva Initiative on Psychiatry (heute Global Initiative on Psychiatry in Hilversum) im August 2002 herausgebracht wurde, analysierte erstmals grundlegend die chinesischen Praktiken anhand öffentlich zugänglichen Materials.

»Mindestens 4000 Menschen wurden seit Beginn der 1980er-Jahre aus politischen Gründen in psychiatrische Anstalten inhaftiert«, sagt Munro unter Berufung auf offizielle chinesische Quellen. Dabei handele es sich um politische Dissidenten, religiös Andersdenkende, unabhängige Gewerkschafter sowie Leute, die Petitionen oder Beschwerden eingebracht oder Korruption angeprangert haben. Laut Munro war die Praxis, Oppositionelle in psychiatrische Anstalten zu internieren, bereits in der Kulturrevolution weit verbreitet. Damals seien mehr Menschen aus politischen Gründen eingeliefert worden als aus medizinischen. Wer eine abweichende



Wang Wanxing während seiner Haft in der psychiatrischen Klinik der Polizei in Peking  
FOTO: AMNESTY INTERNATIONAL

1 | Human Rights Watch, »China: Regimekritiker 13 Jahre zu Unrecht in Polizeipsychiatrie. Bericht unabhängiger Experten bestätigt Anschuldigungen gegen China«, 17. März 2006

2 | Zitiert nach ebd.

3 | Human Rights Watch, »China: Politischer Gefangener deckt Brutalität in chinesischer Polizeipsychiatrie auf. Augenzeugenbericht über berühmte Angkang-Anstalt«, 2. November 2005

4 | Human Rights Watch/Geneva Initiative on Psychiatry, »Dangerous Minds. Political psychiatry in China today and its origins in the Mao era«, New York 2002

◀ Die 53-jährige Wang Lanrong, die seit der Kulturrevolution unter Schizophrenie leidet, in einer privaten psychiatrischen Klinik in Peking im Juni 2002. Wang verbringt ihre Nachmittage meist allein im Flur hockend.

FOTO: KATHARINA HESSE





Wang Wanxing im  
Mai 2006 in Frankfurt.  
FOTO: IGFM

Meinung hatte, wurde einfach für verrückt erklärt. Weitere Höhepunkte habe es jeweils zum Ende der 1970er-, 1980er- und 1990er-Jahre gegeben: 1979 wurde die Bewegung der Mauer der Demokratie unterdrückt, 1989 die studentische Demokratiebewegung gewaltsam zer schlagen und 1999 die Falun-Gong-Sekte verboten.

»Seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass diese Praxis sich zunehmend auf einen anderen Personenkreis konzentriert«, sagt Munro im Februar 2007. Wären es früher vor allem Dissidenten gewesen, seien es jetzt verstärkt Menschen, die Eingaben bei den Behörden machten und dabei auf ihre Rechte hinwiesen oder Korruption anzeigen wollten. »Früher haben die Behörden ihrer eigenen Propaganda geglaubt, dass Dissidenten verrückt sein müssen. Heute sind diese Behörden zynischer. Ihnen ist es egal, wenn sie Gesunde in die Psychiatrie einsperren. Denn dies ist ein sehr effektives Mittel, um Kritiker mundtot zu machen.«

Munros Bericht löste in Fachkreisen eine internationale Debatte aus. So beschloss der Psychiatrische Weltverband (WPA) auf seiner Jahrestagung im August 2002 in Yokohama, eine Delegation nach China zu schicken und die Haftbedingungen in den Ankan zu untersuchen. Sollte China das nicht zulassen, bieten die WPA-Statuten die Möglichkeit des Ausschlusses der Chinesischen Gesellschaft für Psychiatrie (CSP). 1996 hatte der Weltverband ethische Standards festgelegt, die unter anderem besagen, dass politische Gründe kein Bestandteil psychiatrischer Diagnosen sein dürfen. Viele fühlten sich dabei an den politischen Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion und die Debatte um einen Ausschluss des sowjetischen Verbandes erinnert. Der hatte sich 1983 aus der WPA zurückgezogen, um einem Ausschluss zuvorzukommen, und war erst nach 1989 wieder zugelassen worden.<sup>5</sup>

Die chinesische Regierung wies die auf dem WPA-Kongress geäußerte Kritik schlichtweg als »böswärtige Verleumdung« zurück und lehnte das Ersuchen nach einer Untersuchungsdelegation ab. Nach einem Peking-Besuch des WPA-Vorsitzenden im Januar 2004 erklärte sich die Regierung dann doch dazu bereit. Eine Woche vor dem geplanten Besuch im April sagte Peking diesen jedoch wieder ab. Seitdem wurde weder ein neuer Termin vereinbart, noch konnte sich die WPA zu ernsthaften Konsequenzen durchringen, schließlich räumte der chinesische Verband »Fehldiagnosen« bei einigen Falun-Gong-Anhängern ein. »Es scheint innerhalb der WPA keine Mehrheit für Sanktionen gegen China zu geben«, sagt Robert von Voren von der Global Initiative on Psychiatry in Hilversum. Seine Organisation versuche jedoch das Thema beim WPA-Kongress 2008 in Prag wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Laut HRW hat bisher nur eine Handvoll ausländischer Beobachter jemals einen Ankan besichtigen dürfen, auch Chinesen haben ausschließlich zu den Besuchsräumen Zugang, die Namen und die Umstände der meisten in der Psychiatrie festgehaltenen Dissidenten sind nicht bekannt.

Die Reaktionen aus Peking legen den Verdacht nahe, dass die Regierung etwas zu verbergen hat. Schließlich

haben die Aussagen Wangs seit seiner Ausreise und seine Untersuchung durch die niederländischen Psychiater die bisherigen Indizien und den Bericht Munros erhärtet. Auch sind seitdem neue Fälle bekannt geworden. So sprach im Januar 2005 die Falun-Gong-Sekte davon, dass mehr als eintausend ihrer Anhänger in psychiatrischen Anstalten – Ankan oder normalen Nervenheilanstalten – eingesperrt und dass dort bereits vierzehn von ihnen aufgrund von Misshandlungen gestorben seien.<sup>6</sup> Da die Regierung das Verbot der Sekte auch mit deren angeblich gesundheitsgefährdenden Meditationsübungen begründet, dient die psychiatrische Behandlung ihrer Anhänger auch als »Beweis« dafür, dass Falun Gong die Menschen verrückt mache.

In zwei weiteren Fällen konnten die Vorwürfe durch Interviews mit den Betroffenen erhärtet werden. So wurde etwa die Fabrikarbeiterin Meng Xiaoxia aus Xi'an ohne ärztliches Gutachten, ohne Anklage und ohne Gerichtsurteil für zehn Jahre in ein Ankan gesperrt. Sie hatte die korrupten Praktiken des Sohnes ihres Fabrikdirektors öffentlich machen wollen. Oder der Fabrikmanager Qiu Jinyou aus Hangzhou, der 1997 für 208 Tage im dortigen Ankan saß, nachdem er sich über Korruption beschwerten wollte. Beide berichteten von schwerem körperlichen Leid durch verabreichte Psychopharmaka sowie von Folter mit Elektroschocks. Beide versuchen jetzt vor Gericht zu klagen.<sup>7</sup>

Mengs Fall ist einer der wenigen, über den auch Medien in China berichtet haben. »Seit 2004 gibt es vereinzelte Berichte in chinesischen Medien zu diesem Thema. Es entsteht dort eine Debatte, und die Opfer beginnen sich juristisch zu wehren«, beobachtet Munro. »Kürzlich hat sogar der offizielle chinesische Juristenverband ein Verbot des Psychiatriemissbrauchs gefordert. Doch während die Entwicklungen in China durchaus ermutigend sind, passiert international leider nichts. Der Psychiatrie-Weltverband hat sich einmischen lassen und ist untätig geblieben.«

Der letzte bekannt gewordene prominente Fall stammt aus Shanghai. Im Juni 2006 wurde laut Human Rights in China die Petitionsstellerin Liu Xinjuan verhaftet, als sie bei der Regierung in Peking eine Petition einreichen wollte. Sie wurde nach Shanghai zurückgebracht und dort in eine psychiatrische Klinik gesperrt. Das war bereits das dritte Mal im Jahr 2006 und das fünfte Mal insgesamt. Liu gehört zu einer Gruppe von Bürgern, die sich gegen die radikale Abrisspolitik der Shanghaier Behörden wenden und in Petitionen eine Mitsprache der betroffenen Bevölkerung verlangen. Im März 2006 war sie in Peking festgenommen und in die Psychiatrie gesteckt worden, als sie zur Sitzung des Nationalen Volkskongresses eine Petition einreichen wollte. Zwei Monate zuvor war sie in Shanghai zwangseingeliefert worden, als sie beim dortigen städtischen Volkskongress eine Petition einreichen wollte. Am 14. Juli gelang ihr laut Human Rights in China die Flucht aus der Psychiatrie. Doch seitdem soll ihr Sohn dort eingesperrt sein, der versucht hatte, ihre persönlichen Sachen abzuholen.

5 | Zur WPA-China-Debatte siehe auch Jonathan Mirsky, »China's Psychiatric Terror«, *The New York Review of Books*, 27. Februar 2003

6 | Viviana Galli, »WPA »Compromises« its Principles«, *The Epoch Times*, 19. Januar 2005

7 | Zu beiden Fällen siehe Georg Blume, »Elektroschocks gegen das Virus Freiheit«, *Die Zeit*, Nr. 45/2005 und ders., »Ich dachte, ich muss sterben. Chinas geheime Psychiatrie-Knäste«, *die tageszeitung*, 10. November 2005